

# die klima-allianz

Zeitung zur Bundestagswahl

## MEHR KLIMASCHUTZ – WENIGER KRISEN!

### INTERVIEW



Fei Tevi, Generalsekretär des Pazifischen Kirchenrates (PCC), in dem die Kirchen von 17 südpazifischen Inselstaaten vertreten sind:

**„Klimaschutz in Deutschland bewahrt unsere Inseln vor dem Versinken im Meer“**

### Herr Tevi, was fordern Sie von der deutschen Politik?

Deutschland muss seine Treibhausgasemissionen deutlich reduzieren: auf Erneuerbare Energien setzen, keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen und die Energieeffizienz erhöhen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, denn die Industrieländer haben den Klimawandel verursacht, der jetzt bei uns dazu führt, dass Menschen ihr Zuhause verlieren, weil die ersten Inseln durch den Meeresspiegelanstieg untergehen.

### Müssen nicht alle Länder Klimaschutz betreiben?

Ja – aber Industrieländer wie Deutschland müssen mit gutem Beispiel vorangehen, denn sie sind nicht nur die Hauptverschmutzer, sondern verfügen auch über die technischen und finanziellen Möglichkeiten, die Industriegesellschaft umzubauen. Für Entwicklungsländer ist die Herausforderung ungleich größer – sie stehen vor der doppelten Aufgabe, die Armut zu überwinden und gleichzeitig den Klimawandel zu bekämpfen, der in vielen unserer Länder ja schon viel stärker spürbar ist. Ohne eine globale Partnerschaft wird der Klimawandel voranschreiten und die Armut vertiefen.

### Was sind Ihrer Meinung nach die Voraussetzungen, um dieses Problem zu lösen?

Eine andere, nachhaltige Form des Wirtschaftens, die den Menschen und die Natur respektiert. Klimaschutz und das Recht auf Entwicklung sind zwei Seiten derselben Medaille. Langfristig sollte jeder Mensch die gleichen Rechte am Umweltraum zugebilligt bekommen. Das heißt, dass wir alle unseren Pro-Kopf-Ausstoß an CO<sub>2</sub> auf zwei Tonnen pro Jahr begrenzen müssen.

### Wie kann Deutschland konkret den Entwicklungsländern helfen?

Die Entwicklungsländer müssen weit reichende finanzielle und technologische Unterstützung erhalten, um die Klimafolgen zu bewältigen und ihre wirtschaftliche Entwicklung klimafreundlich zu gestalten.

### Sie leben im Südpazifik, wo Inselstaaten wie Tuvalu und Kiribati im Meer zu versinken drohen. Haben Sie noch Hoffnung?

Ja, denn ich glaube an den Menschen. Aber wir haben nicht mehr viel Zeit. Jetzt kommt es auf die Industrieländer und ganz besonders auf Deutschland an, das klimapolitisch immer ein Vorreiter war. Bitte handelt jetzt, sonst zahlen wir einen hohen Preis!



## SIE entscheiden über die künftige Klima- und Energiepolitik unseres Landes

**Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise und viele Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, in den ärmsten Ländern auch um ihre Existenz. Die Wirtschaftskrise offenbart auch, dass gerade die Sektoren am schlimmsten betroffen sind, die in kurzer Zeit maximale Profite erzielen wollten oder zu lange an vermeintlich bewährten Geschäftsmodellen festhielten, ohne sich rechtzeitig an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Daraus sollten wir für die Zukunft lernen.**

### Nichthandeln wird teurer

Klimaschutz wird häufig als Kostenfaktor bezeichnet, den man sich in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht leisten könne. Vor diesem Hintergrund setzten auch die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung auf Altbewährtes und enthielten keine Kopplung an Umweltkriterien. Doch Nicholas Stern, der ehemalige Chef-Volkswirt der Weltbank, hat bereits 2007 in seinem Bericht über die Kosten des Klimawandels belegt, dass Nichthandeln langfristig für uns erheblich teurer wird als die sofortige Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

### Klimaschutz schafft Arbeitsplätze und stärkt Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit

Die Nutzung von Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz senken die Abhängigkeit von Öl-, Kohle- und Gasimporten, fördern technologische Innovationen und tragen zur Energiesicherheit und gerechten Teilhabe zukünftiger Generationen bei.

Wir haben in Deutschland eine gute Basis, auf die wir aufbauen können: schon heute arbeiten 1,8 Millionen Menschen im Umweltsektor, davon allein 280.000 im Bereich der Erneuerbaren Energien. Nun gilt es gerade wegen der Wirtschaftskrise, diese Potenziale im Klimasektor auszubauen.

### Klimaschutz als globale Partnerschaft

Bereits heute sind die Menschen in vielen Entwicklungsländern am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Dabei leiden häufig Frauen, Kinder und indigene Gruppen besonders. Wetterextreme, die Ausbreitung von Wüsten, das Abschmelzen der Gletscher und Polkappen sowie das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten dürfen nicht ungebremst voranschreiten und die Lebensbedingungen der Menschen weiter verschlechtern. Auch deshalb müssen wir den Klimawandel auf ein kontrollierbares Ausmaß begrenzen.

## Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung

**Sie entscheiden mit**, welchen Weg wir nach der Bundestagswahl am 27. September gehen: Ob wir die Energiewende konsequent fortführen oder ob wir durch die Zurücknahme des Atomausstiegs

und den Bau weiterer Kohlekraftwerke einen Rückschritt machen. Dabei geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern um die Abhängigkeit von teuren Energieimporten, um Strompreise, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsichere Arbeitsplätze. Die Energiewende ist möglich, ohne dass in Deutschland eine Stromlücke entsteht.

**Prüfen Sie genau, wie sich die Parteien in Klima- und Energiefragen positionieren und für welche Option Ihre Kandidaten vor Ort eintreten.**

**Aktuelle Informationen und Analysen zur Bundestagswahl finden Sie unter:**

[www.klimawahl2009.de](http://www.klimawahl2009.de)

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir auf die konsequente Verwendung der weiblichen und männlichen Formulierungen.

## Gebäudedämmung fördert Handwerk und Baugewerbe



Die Bundesregierung hat im Rahmen des Integrierten Klima- und Energiepaketes einige Maßnahmen zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung verabschiedet. Doch in der Praxis zeigen sich bei der Umsetzung deutliche Schiefenlagen. Ein zentrales Problem ist das sogenannte „Mieter-Vermieter-Dilemma“: für Vermieter lohnt sich eine energetische Sanierung nicht, weil sie nur einen Teil der Kosten auf die Mieter umlegen

können. Und Mieter haben keine Möglichkeit, den Vermieter zu einer Sanierung bewegen, wenn dieser sie nicht angehen will. Die Politik ist hier bisher vollkommen untätig geblieben.

Die bestehenden Rahmenbedingungen für die Sanierung von Wohngebäuden, Büros und öffentlichen Einrichtungen müssen dringend nachgebessert werden. Denn drei von vier der rund 39 Millionen Wohnungen und über die Hälfte der rund 150.000 Schulen und Kindergärten sind aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig. Sollte die gegenwärtige Geschwindigkeit beibehalten werden, dauert deren Sanierung rund 100 Jahre. Daher müssen Förderprogramme ausgeweitet, veraltete Heizkessel und klimaschädliche Nachtspeicherheizungen innerhalb einer bestimmten Frist ausgetauscht, ein fairer Ausgleich zwischen Vermietern und Mietern verabschiedet und ein Rechtsanspruch für Mieter auf energetisch sanierte Häuser eingeführt werden. Die genannten Maßnahmen sorgen für zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk und Baugewerbe, senken Energieverbrauch und Energiekosten. Letztendlich entsteht hier eine „win-win-win-Situation“, von der alle profitieren.

► **Investitionen in die energetische Gebäudesanierung von einer Milliarde Euro schaffen und sichern 20.600 Arbeitsplätze.<sup>1</sup>**

<sup>1</sup> Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: gesamtwirtschaftliche und fiskalische Implikationen der Städtebauförderung, 2004

## Boom der Erneuerbaren fortsetzen



Seit die Umsätze und Beschäftigtenzahlen im Bereich der Erneuerbaren Energien – vor allem in der Windbranche – Jahr für Jahr steigen, scheinen plötzlich alle Parteien Befürworter von Erneuerbaren Energien zu sein. Das war nicht immer so und muss auch jetzt kritisch betrachtet werden, da die Parteien auf unterschiedliche Förderinstrumente setzen – die mehr oder weniger Erfolg versprechend sind. Derzeit haben deutsche Unternehmen einen Technologievorsprung im Bereich der Erneuerbaren Energien, den die Politik durch eine falsche Weichenstellung nicht aufs Spiel setzen darf.

2008 haben die USA bereits Deutschland den Rang des größten Windenergieproduzenten abgelassen – und auch andere Länder holen auf.

### Nach Ansicht der Klima-Allianz sind drei Voraussetzungen notwendig:

1. Ein klares Bekenntnis zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG): Das EEG hat sich als wirksames und erfolgreiches Instrument zum Ausbau der Erneuerbaren Energien bewährt und muss fortgeführt werden.

2. Der Umbau und die Modernisierung von Stromnetzen zur besseren Integration der Erneuerbaren Energien: Das heutige Stromnetz ist auf die Einspeisung von Strom aus zentralen Großkraftwerken ausgelegt. Durch den rasch wachsenden Anteil von Ökostrom muss das Netz jedoch umgebaut werden, um Stromerzeugung und Stromnachfrage flexibler aufeinander einstellen zu können.

3. Das Festhalten am Atomausstieg und ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken: Zukünftig werden die Erneuerbaren Energien den Grundbedarf an Strom decken. Somit müssten Atom- und Kohlekraftwerke je nach Bedarf schnell an- und abgeschaltet werden, was aus Sicherheits- und Kostengründen jedoch nicht möglich ist. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass längere Laufzeiten für Atomkraftwerke und neue Kohlekraftwerke alte Strukturen zementieren und den Ausbau der Erneuerbaren Energien behindern.

► **Heute arbeiten 280.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien – 2020 werden es 500.000 sein.<sup>2</sup>**

<sup>2</sup> Bundesverband Erneuerbare Energie, Stromversorgung 2020 – Wege in eine moderne Energiewirtschaft

## Ein Energieeffizienzgesetz muss her – und zwar sofort!



Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Stromverbrauch in Deutschland um 11 Prozent zu senken. Die Steigerung der Energieeffizienz spielt dabei eine Schlüsselrolle. Doch noch konnte keine Einigung hinsichtlich des dringend benötigten Energieeffizienzgesetzes erzielt werden: Das Bundeswirtschaftsministerium bevorzugt eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, während das Bundesumweltministerium auf verpflichtende Vorgaben pocht. Dieser politische Richtungsstreit schadet der Umwelt – und der deutschen Wirtschaft.

Es ist jedoch erforderlich, so schnell wie möglich den so genannten Top-Runner-Ansatz mit verpflichtenden Mindeststandards für Elektrogeräte zu verwirklichen. Hierbei orientiert sich der für alle Geräte geltende Mindeststandard an den auf dem Markt verfügbaren, effizientesten Geräten jeder Produktklasse (die „Top-Runner“). Alle Hersteller müssen innerhalb einer bestimmten Frist nachziehen und ähnlich gute Verbrauchswerte nachweisen. Dieser Ansatz schafft so Anreize für technologische Innovationen und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Eine klare Verbrauchskennzeichnung für Haushaltsgeräte sowie eine Umweltprämie für energiesparende Geräte – z. B. die sparsamsten Kühlschränke – sind nötig, um zusätzlich den Absatz energieeffizienter Geräte zu fördern.

► **Laut einer McKinsey-Studie können 850.000 Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz geschaffen werden.<sup>3</sup>**

<sup>3</sup> McKinsey: Wettbewerbsfaktor Energie, 2009

### Impressum:

Die Klima-Allianz  
Christina Hering (V.i.S.d.P.)  
Marienstraße 19-20 • 10117 Berlin  
Tel.: 030/67 81 77 5-72  
Fax: 030/67 81 77 5-80  
Mail: info@die-klima-allianz.de  
Internet: www.die-klima-allianz.de

### Gestaltung:

www.dieprojektoren.de

### Fotos:

photocase.com (Jlokij); Pixelio.de (R\_K\_B\_by\_ehuth, Marco-Barnebeck-Telemarc, Rainer Sturm, Hanspeter Boliger); fotolia.com (Deklofenak, Ralf Hasemann, creative studio, bilderbox, Bernd Kröger, Sigtrix, bernd schwarz, Sven Hoppe, Thaut Images, Eléonore H, Stefan Rajewski); Foto Jochen Stay (Rainer Erh); DIE.PROJEKTOREN

## die klima-allianz

Die Klima-Allianz ist ein Bündnis aus über 100 Organisationen, die zusammen rund zehn Millionen Mitglieder vertreten: Entwicklungs-, Umwelt-, Jugend-, Tierschutz- und Verbraucherschutzorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und andere Initiativen. Gegründet wurde sie im April 2007 mit dem Ziel, sich gemeinsam für konsequenten

Klimaschutz in Deutschland und der Welt einzusetzen und deutlich zu machen, dass dies ein Anliegen aus der Mitte der Gesellschaft ist.

Das bundesweite Bündnis führt gemeinsame Aktivitäten durch – beispielsweise am jährlich stattfindenden Klimaaktionstag. Des Weiteren betreibt es Lobby- und

Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz.

Ein Schwerpunkt der Klima-Allianz ist die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke. 2008 wurde daher eine Anti-Kohle-Kampagne gestartet, die den Widerstand lokaler Bürgerinitiativen unterstützt und Organisationen vor Ort vernetzt.

## Mit Volldampf den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen



Der Öffentliche Nahverkehr wird seit Jahrzehnten vernachlässigt: Die Bahn zieht sich immer mehr aus der Fläche zurück, die Bundeszuschüsse für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) wurden 2007 und 2008 um 1,26 Milliarden Euro gekürzt und in den beiden Konjunkturpaketen wurde der ÖPNV explizit von der staatlichen Förderung ausgenommen.

Eine zukunftsfähige Mobilität braucht jedoch einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehrssektor. Erfolgsbeispiele wie der Nahverkehr im Großraum Karlsruhe, die Bayerische Oberlandbahn, die Schönbuchbahn bei Stuttgart, die Prignitzer Eisenbahn in Brandenburg, die Taunusbahn, die Aachener Euregiobahn und viele andere zeigen, dass ein attraktives Angebot von den Kunden angenommen wird und zur regionalen Wertschöpfung beiträgt.

Zudem haben sich die Hersteller von Lokomotiven, Zügen sowie Signal- und Gleistechnik in Deutschland mit innovativer Hochtechnologie einen Platz an der Weltspitze erobert, den es zu halten gilt.

**Die Bahnbranche beschäftigt 900.000 Menschen. Werden Zuschüsse weiter gekürzt, gehen Tausende Arbeitsplätze verloren.<sup>4</sup>**

<sup>4</sup> Allianz pro Schiene/ VDB-Verband der Bahnindustrie in Deutschland e.V./ Verband Deutscher Verkehrsunternehmen: Die zehn wichtigsten Gründe zur Förderung des Schienenverkehrs, 2008

## Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern



Die Nachfrage nach Biolebensmitteln steigt und steigt: 2008 um zehn Prozent, in den Jahren davor um 15 und 18 Prozent. Doch die Umstellung der landwirtschaftlichen Betriebe auf Ökolandbau bleibt deutlich hinter diesem Trend zurück, da die Förderung in der letzten Legislaturperiode

Betriebe müssen beseitigt werden. Unser Nachbarland Österreich macht vor, was möglich ist.

Was viele nicht wissen: Rund 13 Prozent der deutschen Treibhausgase pro Jahr stammen aus der Landwirtschaft. Da der Ökolandbau auf chemische Dünger und

zurückgefahren wurde. Resultat: viele Biolebensmittel werden aus dem Ausland importiert, da Deutschland seine Nachfrage mit heimischen Produkten nicht decken kann. Der Biolandbau muss daher stärker als bisher gefördert werden und bestehende Hindernisse bei der Umstellung der

Pflanzenschutzmittel verzichtet und ökologisch bewirtschaftete Böden eine höhere CO<sub>2</sub>-Bindfähigkeit haben, sind die Treibhausgase pro Kilogramm Getreide um etwa 60 Prozent geringer als bei konventioneller Produktion.

Insgesamt arbeiteten 2006 in Deutschland im ökologischen Landbau sowie der nachgelagerten Verarbeitung und dem Handel rund 175.000 Beschäftigte.

**Die Bio-Landwirtschaft beschäftigt 30 Prozent mehr Arbeitskräfte als konventionelle Landwirtschaftsbetriebe und stärkt den ländlichen Raum.<sup>5</sup>**

<sup>5</sup> Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2007

## Unsere Kernforderungen an die neue Regierung auf einen Blick:

- Gebäudesanierung beschleunigen
- Stromnetze umbauen, EEG fortführen, Atomausstieg beibehalten und ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke
- Energieeffizienzgesetz verabschieden
- Öffentlichen Nahverkehr flächendeckend ausbauen
- Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern
- Weitere konjunkturstützende Maßnahmen konsequent an Umweltkriterien koppeln
- Entwicklungsländer finanziell und technologisch bei einer klimafreundlichen Entwicklung und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen
- International wieder eine klimapolitische Vorreiterrolle übernehmen und sich für ein ambitioniertes Abkommen in Kopenhagen einsetzen

## Diskussionsveranstaltungen mit Direktkandidaten und Vertretern der Klima-Allianz

Unter dem Motto „Das Entscheidungsjahr: Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise – welchen Weg wählt Deutschland?“ wird die Klima-Allianz bundesweit zehn Podiumsdiskussionen mit Direktkandidaten in deren Wahlkreisen durchführen, um mit

ihnen über ihre Pläne zur Klima- und Energiepolitik der nächsten Legislaturperiode zu diskutieren. Die Veranstaltungen finden im Zeitraum von Juli bis September in den folgenden Wahlkreisen statt: Bonn, Brunsbüttel, Dortmund, Düsseldorf, Essen II, Lippe,

Rügen, Stade, Waiblingen, Wiesbaden. Termine und weitere Infos unter: [www.klimawahl2009.de](http://www.klimawahl2009.de)

### INTERVIEW



Jochen Stay, Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Initiative .ausgestrahlt

**„Der lang versprochene Ausstieg aus der Atomkraft muss endlich umgesetzt werden“**

**Warum muss der Atomausstieg aus deiner Sicht schnellstmöglich erfolgen?**

In jedem Reaktor kann es an jedem Tag zu einem katastrophalen Störfall kommen. Es gibt kein Atomkraftwerk, das zu hundert Prozent sicher ist. Die Geschichte der deutschen Atomreaktoren ist gespickt mit Bedienfehlern, Baumängeln und Beinahe-Katastrophen. Damit muss Schluss sein, bevor es zum Super-GAU kommt.

**Die Bilder aus dem Endlager Asse sind ja auch nicht gerade ein Votum für eine Laufzeitverlängerung.**

Mit der Asse stürzt auch die Glaubwürdigkeit der Atomkonzerne ein. Die hatten jahrzehntelang behauptet, Atommülllager im Salz seien sicher. Richtig ist das Gegenteil. Und auch der Salzstock Gorleben ist als Endlager für den hochradioaktiven Atom-müll nicht geeignet. Eon, RWE, Vattenfall und EnBW stehen in Sachen Entsorgung mit leeren Händen da.

**In der Öffentlichkeit vertreten immer mehr Leute die Ansicht, dass Atomkraftwerke aus Klimasicht gar nicht sooo schlimm sind. Wie siehst du das?**

Wer mit AKWs das Klima retten will, begeht eine ganze Reihe von Fehlern. Ein Reaktor-neubau kostet fünf Milliarden Euro und dauert zehn Jahre. Mit dem gleichen Geld lässt sich in viel kürzerer Zeit deutlich mehr für den Klimaschutz tun, wenn es in Energiesparmaßnahmen

und Effizienzprogramme investiert wird. Wozu also die Gefahren der Atomkraft in Kauf nehmen? Und selbst alte Atommeiler bremsen den Klimaschutz: Denn durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien wird es zu schwankenden Einspeisungen von großen Mengen Windenergie kommen. Wir brauchen also ein viel flexibleres Energiesystem, das sich kurzfristig auf Angebot und Nachfrage einstellen kann. Große Atom- und Kohlekraftwerke können aus Sicherheits- und Kostengründen nicht ständig an- und abgeschaltet werden. Wer also AKW weiterbetreiben und weitere Kohlekraftwerke bauen will, behindert gleich doppelt den Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit eine zukunftsfähige Stromversorgung.

**Die Energiekonzerne stellen dies öffentlich etwas anders dar...**

Den AKW-Betreibern geht es bei ihrer Förderung nach Laufzeitverlängerung für die alten Reaktoren nur um Zusatzgewinne auf Kosten der Allgemeinheit. Deshalb versuchen

sie mit viel Geld für PR, die öffentliche Debatte zu dominieren. Aber wir haben die besseren Argumente und gehen in die Offensive, damit es nach der Bundestagswahl nicht zu Laufzeitverlängerungen kommt, sondern der lang versprochene Atomausstieg endlich umgesetzt wird. Mit der bundesweiten Anti-Atom-Großdemo am 5. September in Berlin machen wir deutlich: Wer nach der Wahl die Energiewende nicht offensiv voranbringt, wird sich die Finger verbrennen.



Infos zur Anti-Atom-Demo am 05.09.2009 in Berlin unter: [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

# KLIMABILANZ DER LETZTEN VIER JAHRE

**Die große Koalition startete mit besten Klimaschutzabsichten, die im Laufe der Legislaturperiode aber immer stärker beschnitten oder sogar aufgegeben wurden. Negativer Höhepunkt in der Klimapolitik waren die teils erfolgreichen Versuche von Angela Merkel, das europäische Emissionshandelssystem abzuschwächen – eine der tragenden Säulen für den Klimaschutz. Am Ende der Legislaturperiode zieht die Klima-Allianz eine Bilanz der Klimapolitik der letzten vier Jahre.**

## Integriertes Klima- und Energiepaket (IKEP): Schritt in die richtige Richtung, aber Ziel ohne deutliche Verbesserung nicht erreichbar



Mit dem Ziel, die Treibhausgase bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern, wurden die Eckpunkte des IKEP bei einer Kabinettsklausur in Meseberg im August 2007 festgelegt und 2008 zum größten Teil im Bundestag verabschiedet. Das ursprüngliche 29-Punkte-Programm wurde nur teilweise umgesetzt und im Gesetzgebungsverfahren stark verwässert. Lobend hervorzuheben ist die gelungene Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Dennoch wurden zahlreiche Möglichkeiten zur Energieeinsparung vertan.

### Beispiele:

- ▶ Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWG) schreibt Erneuerbare Energien nur für Neubauten, nicht aber für Altbauten vor.
- ▶ Der Austausch der besonders klimaschädlichen Nachtspeicherheizungen ist nicht verpflichtend.
- ▶ Mietern wird in unsanierten Gebäuden kein Recht auf Mietminderung zugestanden.
- ▶ Die Reform der Kfz-Steuer wurde durch die Blockade von Ex-Bundeswirtschaftsminister Glos unnötig verschoben und die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs von der Agenda gestrichen.
- ▶ Das Energieeffizienzgesetz wurde bis heute nicht verabschiedet.

Vor allem Abgeordnete der Unionsfraktion verhinderten wirksamere Maßnahmen im Straßenverkehr, bei der Gebäudesanierung und der Kraft-Wärme-Kopplung. Die verabschiedete Fassung des IKEP wird daher nicht die erwünschte CO<sub>2</sub>-Reduzierung von 40 Prozent bis 2020 erbringen, wie Bundesumweltminister Gabriel mehrmals selbst eingestanden hat.

## Konjunkturpakete: ohne Umweltkriterien verabschiedet



Nachdem die Finanzkrise auf die Wirtschaft übergriff, wurde im Herbst 2008 das erste, im Januar 2009 dann das zweite Konjunkturpaket von der Regierung geschnürt.

Insbesondere bei der PKW-Abwrackprämie wurde versäumt, sie an ökologische Kriterien zu koppeln. Doch damit nicht genug: von den Geldern für öffentliche Investitionen fließen Milliarden in den Straßenneubau, obwohl Deutschland bereits eines der dichtesten Straßennetze der Welt hat. Zudem ist die explizite Ausnahme des Öffentlichen Personennahverkehrs von der Förderung ökologisch und ökonomisch nicht nachvollziehbar.

## Globale Klimagerechtigkeit: die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus



Deutschland hat in den letzten beiden Jahren auf zweifache Weise das Potenzial des Klimaschutzes nicht ausgeschöpft: das IKEP wird die angestrebte Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen

bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 nicht erreichen. Auch der europäische Emissionshandel wurde auf Druck von Kanzlerin Merkel verwässert, so dass die EU-weite Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen hinter den Möglichkeiten zurück bleibt. Die Entwicklungsländer, die heute schon am stärksten unter den Folgen des Klimawandels leiden, sind aber darauf angewiesen, dass die Industriestaaten ernsthaften Klimaschutz betreiben, damit sich ihre Lebensbedingungen nicht weiter verschlechtern.

## Energiepolitik: an rückwärtsgewandter Stromerzeugung festgehalten



Mit dem Argument, dass alte Kohlekraftwerke durch neue und effizientere ersetzt werden müssen, warben SPD, CDU/CSU und FDP für den Bau neuer Kohlekraftwerke – oft

genug gegen den Widerstand der eigenen Parteifreunde vor Ort. Dabei stoßen neue Kraftwerke über 40–50 Jahre hinweg große Mengen CO<sub>2</sub> aus. Allein die aktuell geplanten 29 Kohlekraftwerke würden jedes Jahr zusätzlich 190 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen. Berechnungen des UN-Weltklimarates zeigen jedoch, dass die gesamte deutsche Energiewirtschaft im Jahre 2050 nur max. 81 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen darf, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Die Technik der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) soll die Emissionen vermindern, ist jedoch noch nicht ausreichend erforscht.

! Mehr Infos über Kohlekraftwerksplanungen und Widerstand vor Ort finden Sie unter:  
[www.kohle-protest.de](http://www.kohle-protest.de)

## Verkehrsbereich: vor der Autolobby eingeknickt



Die Bilanz im Verkehrsbereich ist katastrophal. Auf Europaebene haben sich Merkel und Gabriel dem Druck der deutschen Autoindustrie gebeugt und weniger

scharfe CO<sub>2</sub>-Obergrenzen durchgesetzt. National haben sie in den beiden Konjunkturpaketen weder die befristete Kfz-Steuerbefreiung noch die Abwrackprämie an eine Obergrenze für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der (Neu)wagen von 120 g/km gekoppelt. Die Kfz-Steuer wurde nur halbherzig reformiert, so dass sie weder dem Klimaschutz noch der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie dient. Die Bundeszuweisungen für den Öffentlichen Nahverkehr wurden deutlich gekürzt. An den Nachhaltigkeitskriterien für den umstrittenen Biosprit wird noch gearbeitet, so dass die Gefahr, Klima und Umwelt eher zu schaden als zu nützen, noch nicht gebannt ist.

## EU-Klimapolitik: Rolle rückwärts beim EU-Gipfel 2008



Beim EU-Gipfel im Dezember 2008 wandelte sich Angela Merkel von der Paula zur Saula: Unter dem Druck von Teilen der deutschen Industrie trug die Bundeskanzlerin zur mas-

siven Schwächung des Emissionshandels bei. Als Folge wurden fast flächendeckende Gratis-Emissionsrechte für energieintensive Industriezweige gewährt. Das schwächt den Klimaschutz und mindert die dringend benötigten Einnahmen aus dem Handel mit Emissionszertifikaten. Zudem wurde ermöglicht, dass die Senkung der europäischen Treibhausgase zu einem großen Teil durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern „ersetzt“ werden kann. Beides verringert die Anreize für Klimaschutz und klimafreundliche Innovationen der deutschen Wirtschaft. Als ob diese klimapolitischen Sündenfälle noch nicht ausreichten, hat die Bundesregierung in Brüssel durchgesetzt, dass der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Einnahmen aus dem Emissionshandel bezuschusst werden kann. Somit könnten Klimagelder für den Bau von Klimakillern zweckentfremdet werden.

## Was können Sie tun?

Befragen Sie Ihre Direktkandidaten vor Ort nach konkreten Konzepten und Plänen zum Klimaschutz sowie zur Energiewende. Als Hilfestellung finden Sie einen Fragenkatalog unter:  
[www.klimawahl2009.de](http://www.klimawahl2009.de)

Bestellen Sie diese Zeitung und verteilen Sie sie im Bekannten-, Kollegen- und Freundeskreis. Bestellung per Mail an: [info@die-klima-allianz.de](mailto:info@die-klima-allianz.de)

## Wählen Sie eine zukunftsfähige Klima- und Energiepolitik



Trotz einiger Schritte in die richtige Richtung reichen die Klimaschutzbemühungen der letzten Legislaturperiode bei weitem nicht aus! Aktuelle Studien der Klimaforschung zeigen, dass die globale Erwärmung noch schneller und drastischer voranschreitet

als bisher angenommen. Halbherzige Maßnahmen genügen nicht und belasten heutige und nachfolgende Generationen. Die Dynamik des Klimawandels spiegelt sich absolut nicht in der Dynamik der Klimapolitik wider.

Wichtige Zeit wurde verspielt, um die nötigen politischen Rahmenbedingungen und Anreize für technologische Innovationen zu schaffen. Damit wäre nicht nur das Klima wirksam geschützt, sondern auch Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gestärkt worden. Die

aktuelle Krise der Autoindustrie verdeutlicht dies beispielhaft.

Die neue Regierung muss den Rückstand aufholen und einen ordnungspolitischen Rahmen schaffen, um den ökologischen Strukturwandel zu forcieren. Zentral ist dabei der Umbau des Energiesektors: Der Bau neuer Kohlekraftwerke, der von CDU/CSU, SPD und FDP derzeit propagiert wird, muss gestoppt werden. Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke darf es nicht geben. Ökologie und Wirtschaft müssen

stärker verzahnt und nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden – dass dies möglich und Erfolg versprechend ist, haben wir auf diesen Seiten gezeigt.

**Prüfen Sie die Aussagen der Kandidaten auf ihre Substanz. Nicht alle Kandidaten, die eine Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen versprechen, halten dies auch ein ...**